

Demokratisierung durch Filter Bubbles. Affordanzen der Schließung und Öffnung¹

Karsten Schubert

Im Augenblick spitzen sich die Debatten um Identitätspolitik zu. Identitätspolitik kommt dabei nicht gut weg: Sie wird dafür kritisiert, öffentliche Debatten, demokratische Gemeinschaften und auch gesellschaftskritische Bewegungen zu spalten und zu polarisieren. Kurz: Identitätspolitik gefährde die Demokratie (zur Analyse dieser Kritik vgl. Bickford 1997; van Dyk 2019; Schubert/Schwartz 2021). Häufig wird dabei hervorgehoben, dass es bei Identitätspolitik mehr darum ginge, wer etwas sagt, als was gesagt wird, und dass diese Bezüge auf die soziale Position zu einem epistemischen Fundamentalismus führen würden, durch den sich identitätspolitische Gruppen vom allgemeinen Diskurs abkapselten und das Gespräch verweigerten. Gleichzeitig gibt es eine Debatte über gesellschaftliche Polarisierung durch digitalisierte Kommunikation, insbesondere durch soziale Medien. Hier wird diskutiert, wie Filter Bubbles, Echokammern und algorithmische Selektionen die Spaltung der Gesellschaft in verschiedene epistemische Communities begünstigen, was wiederum zu demokratiegefährdender Polarisierung führen könne (vgl. Pariser 2011; Sunstein 2018; Nguyen 2020). Bei dieser digitalen Polarisierung sei zwar soziale und politische Identität ein wichtiger Faktor (vgl. Mason 2018; Settle 2018), doch dabei wird meist auf parteipolitische Identität (in den USA) verwiesen, kaum aber auf Identitätspolitik im engeren Sinne. Nur teilweise, wenn

1 Dieser Text entstand im Sommersemester 2022 während eines Fellowships bei der Forschungsgruppe Digital Citizenship am Weizenbaum Institut Berlin. Ich danke der ganzen Gruppe, insbesondere Christian Strippel, für die produktiven Diskussionen und Anregungen, die maßgeblich in den Text eingeflossen sind. Und ich bedanke mich bei Martin Emmer für das generöse Fellowship, das es mir ermöglicht hat, mich durch eine Befreiung von meiner Lehre an der Universität Freiburg voll auf die Forschung zu konzentrieren.

auch wesentlich seltener als sich aufgrund der Parallelität der Befürchtung einer epistemischen Spaltung in beiden Debatten vermuten ließe, werden beide Diskussionsstränge auch zusammengebracht. Der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit und die technisch-epistemische Spaltung wird dann als ein Grund für die Verstärkung identitätspolitischer epistemischer Spaltung gesehen (vgl. Trigiani/Boler 2021; Blackshire 2022; Haidt 2022). Als explosive Kombination verstärkten, so die Befürchtung, Identitätspolitik und digitale Kommunikation die gesellschaftliche Polarisierung und gefährdeten so den Fortbestand der liberalen Demokratie.

Im Folgenden geht es um die Verbindung der beiden diagnostizierten Phänomene, also der identitätspolitischen epistemischen Schließungen und der durch digitale Kommunikation begünstigten epistemischen Schließungen – allerdings unter ganz anderen demokratietheoretischen Vorzeichen. Ich werde für die These argumentieren, dass diese epistemischen Schließungen nicht zu demokratiegefährdenden Polarisierungen führen, sondern im Gegenteil, zur Demokratisierung der Demokratie. Dafür werde ich erstens Identitätspolitik demokratietheoretisch einordnen und dabei eine radikaldemokratische Interpretation vorschlagen. Die These dabei lautet: Identitätspolitik zersetzt die Demokratie nicht, sondern ist notwendig für ihre weitere Demokratisierung. Und zwar, weil einige Ausschlüsse und Diskriminierungen nur durch partikulare identitätspolitische Standpunkte erfasst werden können – sie sind epistemisch privilegiert, wie ich basierend auf Standpunkttheorien erläutere. Zweitens werde ich argumentieren, dass die Zersplitterung der Öffentlichkeit in viele Gegenöffentlichkeiten durch digitale Kommunikation deshalb keine grundsätzliche Gefahr für die Demokratie ist, sondern zu deren Demokratisierung beitragen kann. Meine These ist, dass dieser positive Effekt daher rührt, dass die digitale Infrastruktur durch Filter Bubbles, Echokammern und Algorithmen sowohl epistemische Schließungen als auch diskursive Offenheit von Gegenöffentlichkeiten ermöglicht. Allerdings ist dies kein Automatismus, sondern eine Sache der Regulierung – und solche Regulierung erfordert zunächst, die Illusion der politischen Neutralität der Infrastruktur aufzugeben.

1. Identitätspolitik aus radikaldemokratischer und standpunkttheoretischer Sicht

Die These, dass Identitätspolitik wichtig für die Demokratie ist, leite ich aus dem radikaldemokratischen Verständnis von Demokratie ab (vgl. La-

clau/Mouffe 2001; Rancière 2002; Comtesse et al. 2019). Ein Kerngedanke der Demokratie ist die gleiche Möglichkeit der Bürger:innen, die Politik zu beeinflussen, wie er sich beispielsweise im Prinzip der gleichen und freien Wahlen niederschlägt. Unterschiedliche Demokratietheorien interpretieren das Prinzip der Gleichheit unterschiedlich: Die liberale Theorie sieht Gleichheit schon mit der Repräsentanz aller Einzelinteressen erfüllt (vgl. Dahl 2020), bei der deliberativen Theorie führt gleichberechtigte Teilnahme am Diskurs zu einer vernünftigeren Vorstellung von Gemeinwohl als die Aggregation von Einzelinteressen (vgl. Habermas 1992). Die radikale Demokratietheorie ist hier viel skeptischer: Sie versteht die bestehende politische Ordnung als notwendigerweise partikularistisch und ausschließend, weil keine Ordnung denkbar ist, die nicht ausschließend ist.² Gleiche Freiheit ist also durch die heutigen politischen Institutionen nicht erreicht und »Demokratie« bezeichnet radikal-demokratisch gesehen nicht das aktuelle politische System, sondern vielmehr den fortwährenden Kampf um Gleichheit und Freiheit (vgl. Lefort/Gauchet 1990; Balibar 2012).

Demokratie zielt daher auf die Transformation der real existierenden demokratischen Institutionen. Das Problem liegt darin, dass der Ausschluss tiefgreifend ist: Es geht nicht einfach nur um unfaire Verteilung von Ressourcen; vielmehr findet der Ausschluss schon auf der diskursiven Ebene statt. Der Begriff der Hegemonie beschreibt das Zusammenwirken einer institutionellen und ideologischen Ordnung, durch die eine bestimmte, also partikulare Perspektive das Denken und damit die Institutionen dominiert. Konkret ist das in Deutschland eine weiß-deutsche, cis-hetero-männliche Perspektive. Um diese Perspektive zu durchbrechen, also die einseitige Interpretation von Gleichheit zu korrigieren, ist Identitätspolitik notwendig. Mit anderen Worten: Weil es nur partikulare, also einseitige Interpretationen der universellen Ansprüche von Gleichheit und Freiheit gibt, ist es nötig, sie in partikularen Kämpfen zu kritisieren. So kann der universalistische Anspruch bezüglich der umkämpften Konstellation besser erfüllt, aber nie vollkommen eingelöst werden. Das

2 Die These einer notwendig ausschließenden politischen Ordnung ergibt sich daraus, dass das Universelle, für alle Menschen, Gute, Gerechte und Vernünftige nicht definiert werden kann. Der Postfundamentalismus spricht deshalb davon, dass es keine letzten Gründe gibt, sondern nur die notwendige Kontingenz aller Letztbegründungsangebote (Marchart 2011). Dass auch die normative Demokratietheorie ständig damit ringt, bessere Gründe für gute Ordnung anzugeben und dabei produktive Paradoxien durcharbeitet, aber nicht auflösen kann, kann als weiterer Beleg dieser These gelten (Honig 2007).

disruptive Durchbrechen etablierter Verständnisse von Gleichheit und Freiheit durch partikuläre Identitätspolitik ist also zentral für die weitere Demokratisierung der Demokratie. Um es am Beispiel des Feminismus ganz konkret zu machen: Grundlage feministischer Politik sind feministische Räume des Consciousness Raisings, in denen feministische Standpunkte entwickelt werden, von denen aus dann die sexistische Mehrheitsgesellschaft kritisiert werden kann.

Eine weitere Präzisierung der radikaldemokratischen Konzeption bringt die feministische Standpunkttheorie (vgl. Harding 2004; Toole 2021). Weil bei der radikaldemokratischen Interpretation von Identitätspolitik die konflikt-hafte Disruption der hegemonialen Diskurse im Mittelpunkt steht (vgl. Volk 2018), wirkt es, als würde Identitätspolitik tatsächlich auf die Zersetzung des rationalen Diskurs hinauslaufen und damit das Fundament der Demokratie zerstören, wie es im identitätspolitik-kritischen Diskurs oft behauptet wird (siehe oben). Die Frage ist, wie Konsens und Verständigung stattfinden können, wenn es bei der Identitätspolitik in erster Linie um die Durchbrechung hegemonialer Ordnung geht. Dabei hilft die Standpunkttheorie, weil sie es erlaubt, zwei auf den ersten Blick widersprüchliche Behauptungen zu begründen und zu versöhnen: dass partikuläre Standpunkte die einzige Möglichkeit sind, die gegenwärtige Ordnung des Sichtbaren und Sagbaren zu kritisieren, und zweitens, dass solche Standpunkte auf intersubjektiver Vernunft beruhen und daher eine inhärente Verständigungsorientierung haben.

Feministische Standpunkttheorien weisen darauf hin, dass ein Standpunkt etwas anderes als eine Perspektive ist. Es ist eine zentrale Frage der Standpunkttheorie, wie die Position der sozialen Benachteiligung in einen epistemologischen Vorteil verwandelt werden kann. Wie Sandra Harding aufzeigt, ist dies keineswegs ein automatischer Prozess (vgl. Harding 1993). Die Position der Unterdrückten ist eine Chance, einen Standpunkt zu entwickeln, und eine solche Entwicklung ist eine komplizierte Aktivität. Die Praxis des Consciousness Raising, also des positionsbasierten Erfahrungsaustauschs zur Entwicklung einer Theorie über die eigene Unterdrückung, ist zentral und war eine entscheidende Praxis der Frauenbewegung (vgl. Freedman 2014). Ähnliche Techniken der Identitätskonstruktion und Standpunktentwicklung sind zentrales Element aller Identitätspolitiken. Ein Standpunkt ist also, im Unterschied zu einer Perspektive, eine Leistung, die sowohl Subkultur und politische Mobilisierung als auch Wissenschaft erfordert, nämlich eine kritische Theorie (Horkheimer 1937), die von den besonderen Unterdrückungs- oder Ausgrenzungserfahrungen aus startet, um kritische Einsichten über

soziale Ordnung zu entwickeln – das heißt also, es geht um objektives gesellschaftstheoretisches Wissen. Das bedeutet auch, dass der Standpunkt-Perspektivismus nicht in einem Widerspruch zum intersubjektiven Verstehen steht. Vielmehr geht es darum, die politisch-epistemologischen blinden Flecken des hegemonialen wissenschaftlichen und politischen Diskurses aufzuheben, um eine bessere Erklärung für soziale Unterdrückung zu gewinnen (vgl. Harding 1993). Dafür ist zentral, dass die jeweiligen identitätspolitischen Standpunkte kontinuierlich auf eigene blinde Flecken überprüft werden, durch die sie möglicherweise selbst Diskriminierungen produzieren und so dem Ziel der Gleichheit und Freiheit aller entgegenwirken. Eine ständige intersektionale (Selbst-)Kritik gehört so zum begrifflichen Kern der Identitätspolitik. Sie lässt sich sowohl empirisch in identitätspolitischer Praxis beobachten als auch normativ einfordern, wenn sie misslingt (vgl. Schubert 2018; Schubert/Schwartz 2021). Ein solches Misslingen von Identitätspolitik durch fehlende Intersektionalität und essentialistische Verhärtung kann man momentan gut im transexklusiven Aktivismus beobachten, der darauf zielt, Transfrauen aus Frauenräumen auszuschließen. Entsprechend wird diese Position als transfeindlich kritisiert. Dieser diskriminierende Essentialismus sollte nun aber nicht als Beleg für ein generelles Problem von Identitätspolitik interpretiert werden. Im Gegenteil bestätigt sich durch die Kritik dieser misslingenden Identitätspolitik die These, dass Identitätspolitik inhärent kritisch-reflexiv ist. Die identitätspolitische Multiplikation partikularer Perspektiven verhindert also nicht die Deliberation, sondern ist auf Konsens und Verstehen ausgerichtet.

Die radikaldemokratische und standpunkttheoretische Konzeption von Identitätspolitik versucht, zwei Seiten zu vermitteln: Partikularität und Universalität, bzw. Geschlossenheit und Offenheit. Identitätspolitik dient der Erarbeitung eines partikularen Standpunktes jenseits der Hegemonie, was nur durch Geschlossenheit funktioniert, denn ohne solche Geschlossenheit, beispielsweise durch spezifisch feministische oder queere Orte und Diskursräume, würde die Mehrheitsperspektive dominieren. Andererseits zielt sie auf die Verwirklichung der universellen Werte der Gleichheit und Freiheit auf Grundlage von stärkerer Objektivität. Dies ist die Seite der Offenheit der Identitätspolitik: Sie zielt auf neue Koalitionen und Verständigung, und damit auf die Änderung der Hegemonie, nicht auf Separatismus.

2. Digitale Öffentlichkeit: Affordanzen der Schließung und Öffnung

Seit einigen Jahren erleben wir in den Sozialwissenschaften eine verstärkte Diskussion über die Auswirkungen von digitaler Kommunikation auf Politik und Gesellschaft. In den Anfangszeiten, bis in die 2000er Jahre, war die Debatte noch geprägt von großem Optimismus bezüglich der Chancen einer Demokratisierung durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten, die viel mehr Menschen Zugriff auf Informationen und weltweiten Austausch gab (vgl. Benkler 2006; Bohman 2004). Bekanntlich hat sich dieser Optimismus in den letzten Jahren gelegt: Die aktuelle Debatte wird, wie eingangs geschildert, dominiert von Analysen zur Demokratiegefährdung durch algorithmische Kommunikation und Diskursblasen und dadurch verursachte Spaltungen der Gesellschaft, garniert mit Warnungen vor einer Verrohung der öffentlichen Kommunikation. Die Debatte verläuft dabei oft in einer Pro-und-Kontra-Struktur, bei der diskutiert wird, ob mehr oder weniger Digitales besser oder schlechter für die Demokratie sei. Mit dem Begriff der »digitalen Konstellation« (Berg et al. 2020; Thiel 2020) wurde darauf hingewiesen, dass diese Pro-und-Kontra-Struktur unproduktiv ist, weil das Digitale eine Grundbedingung zeitgenössischer Politik ist (vgl. Hidalgo 2020). Die zentrale Frage ist also nicht, ob digitale Kommunikation als gut oder schlecht zu bewerten ist, sondern wie sie gestaltet werden kann. Politikwissenschaftlich ist entscheidend, wie die digitale Konstellation reguliert wird. Dafür untersuche ich zunächst, wie sich die digitale Konstellation auf Identitätspolitik auswirkt, insbesondere, wie heute Geschlossenheit und Offenheit unter digitalen Bedingungen realisiert werden.

Aus Perspektive einer radikaldemokratischen Bestimmung von Identitätspolitik bedeutet die digitale Konstellation einen entscheidenden Wandel, weil das Wechselspiel von identitätspolitischer Geschlossenheit und Offenheit anders funktioniert als im prädigitalen Zeitalter. Prädigital spielte sich das Consciousness Raising in relativ geschlossenen Gegenöffentlichkeiten ab (vgl. Fraser 1990), die über direkten persönlichen Kontakt und ein subkulturelles Publikationswesen (wie feministische zines, also subkulturelle Magazine der identitätspolitischen Kommunikation) geprägt waren, das kaum in die hegemoniale Öffentlichkeit hineinwirkte. Identitätspolitische Theorie reflektierte immer schon diese Geschlossenheit: Insbesondere für den radikalen Feminismus war bzw. ist es fundamental, Männlichkeit aus Frauenräumen auszuschließen, weil nur durch diesen Ausschluss patriarchale Strukturen

und Ideologien durchbrochen werden konnten, um davon losgelöst ein feministisches Bewusstsein zu erarbeiten. Von vielen radikalen Feministinnen wurde Lesbischsein sogar als eine politische Entscheidung für den Aufbau einer Lebensform ohne Männer verstanden, also weniger als natürliche sexuelle Orientierung, sondern sozialkonstruktivistisch und voluntaristisch (vgl. Allen 1982).³

Verallgemeinernd lässt sich von einer Notwendigkeit exklusiver Gegenöffentlichkeiten für identitätspolitisches Consciousness Raising insgesamt sprechen, also beispielsweise auch für schwule oder schwarze Identitätspolitik. In allen drei Bereichen gibt es jedoch einen Rückgang klassischer Formen geschlossener Gegenöffentlichkeiten und der Institutionen und Räume, die sie getragen haben. Es gibt beispielsweise immer weniger schwule Bars oder Frauenräume. Der Rückgang dieser Gegenöffentlichkeiten und ihrer Räume lässt sich nicht monokausal erklären, sondern ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Bezüglich schwuler Orte sind beispielsweise mindestens vier Ursachenkomplexe auszumachen: 1. Neoliberalismus und Gentrifizierung, 2. rechtlicher und gesellschaftlicher Fortschritt und eine dadurch begünstigte Anpassung an heteronormative Lebensstile, 3. HIV/AIDS, das zum Tod vieler Schwuler und einer Umstrukturierung von schwuler Infrastruktur führte, und 4. Online-Dating (vgl. Halperin 2012: 437 – 442). Auf feministische und queere feministische Orte treffen auch die ersten beiden Faktoren zu; dabei sind radikalfeministische Orte, die auf einer biologistischen und (trans-)exkludierenden Definition von Frausein beruhen, auch durch die queere feministische Kritik an dieser essentialistischen und nicht-intersektionalen Identitätspolitik zurückgegangen.

Festzuhalten ist hier zunächst: Im Gegensatz zur allgemeinen Debatte über Spaltungen der Öffentlichkeit durch digitale Kommunikation ist aus identitätspolitischer Sicht *prima facie* das Gegenteil problematisch, nämlich

3 Vor dem Hintergrund dieses früheren radikalfeministischen Sozialkonstruktivismus ist bemerkenswert, wie der Strang des zeitgenössischen radikalfeministischen Aktivismus, der gegen die Gleichstellung von Transpersonen gerichtet ist, auf einer biologistischen Definition des Frauseins pocht, also biologistisch und antikonstruktivistisch argumentiert (vgl. Stock 2021 und kritisch Zanghellini 2020). Für die Kritik an einem biologistischen Geschlechtsverständnis vgl. Donat et al. 2009. Der zeitgenössische queere Feminismus führt die sozialkonstruktivistische Tradition des radikalen Feminismus fort; er kritisiert die diskriminierenden Ausschlüsse von Transpersonen und versteht feministische Gegenöffentlichkeiten transinklusiv (FLINTA⁴).

der Verlust abgetrennter Gegenöffentlichkeiten.⁴ Allerdings stellt die digitale Öffentlichkeit auch neue Affordancen⁵ der Offenheit und Geschlossenheit zur Verfügung, die teilweise als funktionale Äquivalente für prädigitale Gegenöffentlichkeiten gelten können. Diese Äquivalente lassen sich spezifizieren in der Offenheit gegenüber potenziellen Mitgliedern (1), der Geschlossenheit zum Zweck der Identitätskonstitution (2) und der Offenheit der politischen (Protest-)Kommunikation hin zur allgemeinen Öffentlichkeit (3).

Offenheit gegenüber potenziellen Mitgliedern

In der digitalen Konstellation verschwimmen die Grenzen zwischen identitätspolitischer Kommunikation und der allgemeinen Öffentlichkeit. Auch halbgeschlossene Anwendungen, die mit Registrierungen und der Bestätigung von Freundschaftsanfragen oder Gruppenmitgliedschaften arbeiten, wie Grindr, Facebook, oder Telegram, sind relativ offen. Das Gros der digitalen Kommunikation findet darüber hinaus ganz offen statt, über allgemein zugängliche Websites, Blogs, Twitter, TikTok und Instagram. Diese Offenheit führt zu neuen Möglichkeiten, die identitätspolitische Community auszuweiten. Der Prozess des Consciousness Raising durch die theoriegeleitete Kommunikation mit Menschen gleicher Identitäten wird niedrigschwelliger: Seit dem Aufkommen von Dating Apps ist es beispielsweise nicht mehr

-
- 4 Siehe bspw. Megarry 2020, die dieses Argument aus der Perspektive des transexkludierenden Feminismus macht und sich für eine Rückkehr zu analogen radikalfeministischen Gegenöffentlichkeiten ausspricht, insbesondere weil es online unmöglich sei, Männer auszuschließen. Dieser Skeptizismus gegenüber dem Digitalen ist insofern bemerkenswert, als dass der aktuelle transexkludierende Feminismus insbesondere ein Phänomen des Online-Aktivismus ist.
- 5 Der Begriff »Affordances« beschreibt die Eigenschaften von Artefakten als einerseits materiell in diesen liegend und gleichzeitig sozial bedingt. Das Konzept vermittelt so zwischen einer realistischen bzw. essentialistischen Position, die auf einen technologischen Determinismus hinausläuft, und einer konstruktivistischen Position, die die Bedeutung der Artefakte ausschließlich von ihrer Interpretation und ihrem Gebrauch abhängig macht und in der Gefahr steht, ihre Eigensinnigkeit auszublennden. Der Begriff der Affordanz beschreibt, was man mit Dingen (gut) machen kann; es geht um die Eigenschaften des Gegenstandes, die Fähigkeiten und Eigenschaften der Nutzer:innen und die Anwendung. Mit einem Messer kann man beispielsweise essen, wenn man es als Besteck verwendet, und kämpfen, wenn man es als Waffe verwendet – Letzteres funktioniert besser, wenn das Messer lang und scharf ist und man weiß, wie man damit als Waffe umgeht (vgl. Hutchby 2001).

nötig, in eine »schwule« Metropole umzuziehen, um in den Austausch mit anderen Schwulen zu gelangen und zu lernen, schwul zu sein. Auch für Transpersonen ist die Recherche und Kommunikation im Netz zur Identitätsbildung von großer Bedeutung. Die digitale Kommunikation erleichtert so identitätspolitische Subjektivierung. Subjektivierung bezeichnet den Prozess der Subjektkonstitution im Wechselspiel zwischen sozialer Macht und Selbstbestimmung, der zur Ausbildung einer Identität führt (vgl. Schubert 2018). Zur Bildung einer Identität als Mitglied einer minorisierten Gruppe und eines entsprechenden Standpunktes, also zur Bildung einer identitätspolitischen Identität, sind demnach identitätspolitische Subjektivierungen von entscheidender Bedeutung (vgl. Schubert/Schwiertz 2021). Bei solchen identitätspolitischen Subjektivierungen geht es im Gegensatz zu den Subjektivierungen der Mehrheitsgesellschaft um das Erlernen eines reflexiven und selbstbewussten Umgangs mit der eigenen minorisierten Identität. Die grundsätzliche Offenheit der digitalen Infrastruktur ist eine Affordanz für solche Subjektivierung; sie findet heute entsprechend weitgehend unabhängig von materiellen Orten im digitalen Raum statt.

Geschlossenheit als Bedingung der Identitätskonstitution

Die identitätspolitische Subjektivierung ist kein einmaliger Akt, sondern funktioniert nur als langfristiger Prozess. Subjektivierung funktioniert über Subjektivierungsregime, das heißt über robuste Strukturen der Subjektivierung (vgl. Schubert 2021). Identitätspolitik ist im Digitalen deshalb auf Affordanzen angewiesen, die solche Strukturen bereitstellen, indem sie kontinuierlich identitätspolitische Kommunikation ermöglichen. Diese Affordanzen sind annäherungsweise dieselben, die auch die heiß diskutierten und viel kritisierten Filter Bubbles, Echokammern und algorithmischen Selektionen begünstigen. Sie stellen eine Geschlossenheit der Kommunikation bereit, die für die Ausbildung von gegenhegemonialen Standpunkten notwendig ist. Durch den Hinweis auf ihre identitätspolitische Funktion wird noch deutlicher, was schon im kritischen Forschungsdiskurs um digitale Kommunikation bezüglich Verschwörungstheorien und dem Phänomen des *Post-truth* deutlich wurde: Filter Bubbles und Echokammern⁶ führen nicht zu fremdgesteuerten Subjekten, die gewissermaßen von den Algorithmen überwältigt werden.

6 Siehe für eine analytische Differenzierung der Konzepte »Epistemic Bubbles« (ich verwende »Filter Bubble«) and »Echo Chambers« Nguyen (2020), die allerdings, typisch

Vielmehr sind sie Ergebnis des Zusammenspiels von technischen Affordanzen mit epistemischen Einstellungen der Nutzenden. Das Problem ist also weniger, dass Algorithmen die Nutzenden in Verschwörungstheorien leiten, sondern dass ihre epistemischen Heuristiken sie dazu führen, diesen Quellen zu vertrauen (vgl. Benkler et al. 2018; Farrell/Schwartzberg 2021: 207).⁷ Dies wiederum ist in den USA, wo das Phänomen am stärksten ausgeprägt ist, auf die schon prädigital begonnene Aufspaltung der allgemeinen Öffentlichkeit in ein zentristisches (von liberal bis religiös-konservativ reichendes) und ein rechtsradikales Medienökosystem zurückzuführen (vgl. Benkler et al. 2018; Farrell/Schwartzberg 2021; Seemann 2022). In ähnlicher Weise unterstützen die Affordanzen der digitalen Kommunikation Mitglieder von Minderheiten dabei, ihre Kommunikationen an identitätspolitischen Gegenöffentlichkeiten auszurichten und einen partikularen Standpunkt zu entwickeln, der sich nicht an der Mehrheitsgesellschaft orientiert (natürlich funktioniert dies unterschiedlich in den verschiedenen Netzwerken, vgl. Kitchens et al. 2020).

In diesem Sinne kann beispielsweise #metoo als Form des digitalen feministischen Consciousness Raisings verstanden werden (vgl. Gleeson/Turner 2019), das durch die gemeinsame Erarbeitung eines feministischen Standpunktes zu einem konzeptionellen Wandel bezüglich des Verständnisses von sexueller Übergriffigkeit führt (vgl. Hänel 2021).

Feministische Sex-Blogs können zu einem Consciousness Raising bezüglich der Entwicklung neuer feministischer Sexualkulturen führen (vgl. Wood 2008); und Online-Dating-Apps wie Grindr dienen der Entwicklung und Neuverhandlung schwuler Sexualethik (vgl. Race 2015; Shield 2019; Schubert 2022). Darüber hinaus werden die Affordanzen der exklusiven Schließung, wie geschlossene oder geheime Facebook-Gruppen, zur Bewahrung von identitätspolitischen Safe Spaces genutzt (Kanai/McGrane 2021). Zentral ist dabei, dass die durch digitale Schließungen – sei es durch exklusive Gruppen, Follower- und Freundesverlinkungen oder Filter Bubbles – geschaffenen Kommunikationsstrukturen einen Raum zur »Artikulation« (Schubert/Schwartzberg 2021: 582 – 585) von Identitätspolitik bieten. Während es bei Subjektivierung um das

für den aktuellen Diskurs, vollständig auf die Wissen verhindernde und nicht die Wissen ermöglichende Funktion der Phänomene abstellt.

7 Entsprechend ist die aktuelle Literatur zu Filter Bubbles, sowohl empirisch als auch theoretisch, von einer grundsätzlichen Kritik an der These, dass sie einen entscheidenden Einfluss auf Polarisierung haben, gekennzeichnet (vgl. Zuiderveen Borgesius et al. 2016; Kitchens et al. 2020; Dahlgren 2021; Kaluža 2021).

identitätspolitische Lernen geht, ist Artikulation die aktive und meist konflikt-hafte Aushandlung von identitätspolitischen Fragen. Artikulation kann als der Maschinenraum der Identitätspolitik verstanden werden, in dem partikulare identitätspolitische Standpunkte entwickelt und ausdiskutiert werden. Artikulation ist also die zentrale Leistung der digital geschlossenen Gegenöffentlichkeiten.

Die Öffnung zur allgemeinen Öffentlichkeit

Nach Subjektivierung und Artikulation, die zur Entwicklung eines identitätspolitischen Standpunktes führen, ist »Repräsentation« das dritte Element von Identitätspolitik (vgl. Schubert/Schwartz 2021: 585ff.). Repräsentation meint das organisierte Wirken von identitätspolitischen Projekten in der allgemeinen Öffentlichkeit, durch das bestehende hegemoniale Diskurse durchbrochen werden können. Der wichtigste Wandel durch die größere Offenheit der digitalen Kommunikation besteht darin, dass die identitätspolitischen Thematisierungen unmittelbarer in die hegemoniale Öffentlichkeit hineinwirken können, beispielsweise wenn Tweets von Aktivist:innen in klassischen Medien zitiert werden. Die Gegenöffentlichkeiten sind nicht mehr von der Öffentlichkeit getrennt, wie in der prädigitalen Identitätspolitik, sondern mit ihr vernetzt, weil öffentliche und gegenöffentliche Kommunikationen weitgehend auf den gleichen technischen Infrastrukturen basieren. Der Schritt von der geschlossenen identitätspolitischen Kommunikation hin zur öffentlichen Kritik ist nur einen Klick weit. Wie die radikaldemokratische Interpretation von Identitätspolitik zeigt, ist dieser Schritt von der geschlossenen Entwicklung eines Standpunktes hin zur offenen Beeinflussung der Mehrheitsgesellschaft ein zentrales Ziel der identitätspolitischen Gegenöffentlichkeiten (vgl. auch Fraser 1990: 66f.; Ritzi 2014). Dass digitale Infrastruktur Affordanzen für die öffentliche (Protest-)Kommunikation marginalisierter Stimmen bereitstellt, ist eine breit geteilte Diagnose (vgl. Katzenbach 2016; Linder et al. 2016; Drüeke 2017; Ritzi 2019; Koster 2020). Allerdings ist der Erfolg solcher Kommunikation allein durch die grundlegende Offenheit nicht garantiert; darüber hinaus sind Koordination und Identitätsbildung durch Organisationen und deren Repräsentation in klassischen Medien von großer Bedeutung (vgl. Schrape 2019). Dies verweist wiederum auf die Notwendigkeit der gerade erläuterten kommunikativen Geschlossenheit zurück, durch die Identitäten und entsprechende Standpunkte herstellt,

artikuliert und stabilisiert werden, was die Bildung von Organisationen zum Zweck der Repräsentation begünstigt.

Zusammenfassend lässt sich ein demokratisches Potenzial der digitalen Konstellation feststellen. Insofern die Affordanzen digitaler Infrastrukturen beide Pole, die geschlossene als auch offene Kommunikation ermöglichen und auf eine neue Art verbinden, sind sie einer identitätspolitischen Durchbrechung der scheinbaren Neutralität der hegemonialen Öffentlichkeit zuträglich. Und dies ist zentral für die Demokratisierung der Demokratie. Doch offensichtlich sind diese Effekte von der genauen Konfiguration der digitalen Infrastruktur abhängig. Mehr noch: Eine zentrale Einsicht des radikaldemokratischen Denkens liegt darin, dass Institutionen und Infrastrukturen nicht neutral sein können und deshalb politisch gesteuert werden müssen. Bis jetzt war die vorgelegte Analyse der digitalen Offenheit und Geschlossenheit in erster Linie deskriptiv und hat nach den schon vorhandenen Affordanzen gesucht. Der nächste Schritt ist der Übergang zur regulatorischen Normativität. Diskutiert wird digitale Regulierung heute insbesondere bezüglich einer allgemein geteilten Problem diagnose zu Filter Bubbles: Die relative Geschlossenheit durch algorithmische Kommunikation hat auch antidemokratische Nebeneffekte, wie sich an rechtspopulistischen und verschwörungstheoretischen Diskursen lebhaft zeigt. Während sich die Debatte um die Steuerung auf die Möglichkeiten der Einschränkung und Kontrolle solcher Diskurse beschränkt, lautet die zentrale Frage, die sich aus der hier vorgelegten Argumentation ergibt, wie die notwendige Steuerung der digitalen Infrastrukturen so erfolgen kann, dass die hier beschriebenen identitätspolitischen Effekte begünstigt werden.

Aus radikaldemokratischer Perspektive ist die Regulierungsnotwendigkeit also weiter gefasst, als in der Debatte um die Einschränkung von Verschwörungstheorien und rechtsradikalen Bubbles: Es geht nicht nur darum, diese konsentierten Problemfälle zu regulieren, sondern den Bias der hegemonialen Diskurse zu korrigieren, also darum, digitale Identitätspolitik zu privilegieren. Es geht also um die Suche nach einer Regulierung der technischen Infrastruktur, die es befördert, dass partikulare Standpunkte durch geschlossene digitale Kommunikation intersubjektiv und verständigungsorientiert entwickelt werden und zugleich in die Mehrheitsgesellschaft wirken können. Normativ ist es aus radikaldemokratischer Sicht geboten, die Infrastrukturen dahingehend umzubauen, die nur scheinbare Neutralität der öffentlichen Diskursräume und damit verbundene Machtstrukturen zu unterbrechen und durch die Stärkung identitätspolitischer Standpunkte einen inklusive-

ren Raum der Deliberation zu schaffen. Zumindest ein zentrales Problem, dass sich aus dieser Forderung prima facie ergibt, ist durch die empirische Forschung zu Filter Bubbles abgeschwächt: Weil digitale Schließungen keinen entscheidenden Einfluss auf rechte und verschwörungstheoretische Einstellungen haben, ist es unwahrscheinlich, dass die angestrebte radikal-demokratische Regulierung zur Ermöglichung digitaler (identitätspolitischer) Schließungen als Nebeneffekt zu verstärkten rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Einstellungen führt. Dennoch ist eine solche politisch informierte Regulierung eine große demokratietheoretische Herausforderung. Denn sie setzt Verfahren voraus, die sicherstellen, dass ein solcher Eingriff in die Infrastruktur so gestaltet werden kann, dass er nicht Tür und Tor für Missbrauch und Paternalismus öffnet. Sowohl die Identifikation von Regulierungen der digitalen Infrastrukturen, die Affordanzen für Identitätspolitik schaffen, als auch die Identifikation von Verfahren, die regeln, wie solche Regulierungen festgelegt werden können, gehört zu den zentralen Aufgaben einer Politischen Theorie der digitalen Konstellation.

Literatur

- Allen, Hilary (1982): »Political Lesbianism and Feminism-Space for a Sexual Politics?«, in: *m/f* 7, S. 15–34.
- Balibar, Étienne (2012): *Gleichfreiheit. Politische Essays*. Berlin: Suhrkamp.
- Benkler, Yochai (2006): *The wealth of networks. How social production transforms markets and freedom*. New Haven Conn.: Yale University Press.
- Benkler, Yochai/Faris, Robert/Roberts, Hal (2018): *Network propaganda. Manipulation, disinformation, and radicalization in American politics*. New York: Oxford University Press.
- Berg, Sebastian/Rakowski, Niklas/Thiel, Thorsten (2020): »Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2), S. 171–191.
- Bickford, Susan (1997): »Anti-Anti-Identity Politics. Feminism, Democracy, and the Complexities of Citizenship«, in: *Hypatia* 12 (4), S. 111–131.
- Blackshire, Adrianna (2022): »How Identity Politics Polarize Social Media Even Further. Democratic Erosion«. Online verfügbar unter <http://www.democratic-erosion.com/2022/06/10/how-identity-politics-polarize-social-media-even-further/>, Zugriff am 11.10.2022.

- Bohman, James (2004): »Expanding Dialogue. The Internet, the Public Sphere and Prospects for Transnational Democracy«, in: *The Sociological Review* 52 (1), S. 131–155.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.) (2019): *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp.
- Dahl, Robert A. (2020): *On Democracy*. London: Yale University Press.
- Dahlgren, Peter M. (2021): »A critical review of filter bubbles and a comparison with selective exposure«, in: *Nordicom Review* 42 (1), S. 15–33.
- Donat, Esther/Froböse, Ulrike/Pates, Rebecca (Hg.) (2009): *Nie wieder Sex. Geschlechterforschung am Ende des Geschlechts*. Wiesbaden: Springer.
- Drüeke, Ricarda (2017): »Feminismus im Netz – Strategien zwischen Empowerment und Angreifbarkeit«, in: *Feministische Studien* 35 (1), S. 137–147.
- Farrell, Henry/Schwartzberg, Melissa (2021): »The democratic consequences of the new public sphere«, in: Lucy Bernholz/Hélène Landemore/Rob Reich (Hg.): *Digital technology and democratic theory*. Chicago/London: The University of Chicago Press, S. 191–218.
- Fraser, Nancy (1990): »Rethinking the Public Sphere. A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy«, in: *Social Text* 25/26, S. 56–80.
- Freedman, Janet L. (2014): *Reclaiming the Feminist Vision. Consciousness-Raising and Small Group Practice*. Jefferson: McFarland.
- Gleeson, Jessamy/Turner, Breanan (2019): »Online Feminist Activism as Performative Consciousness-Raising. A #MeToo Case Study«, in: Bianca Fileborn und Rachel Loney-Howes (Hg.): *#MeToo and the Politics of Social Change*. Cham: Palgrave Macmillan, S. 53–69.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Haidt, Jonathan (2022): »Why the Past 10 Years of American Life Have Been Uniquely Stupid«, in: *The Atlantic*, 11.4.2022. Online verfügbar unter <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2022/05/social-media-democracy-trust-babel/629369>, Zugriff am 11.10.2022.
- Halperin, David M. (2012): *How to be gay*. Cambridge, Mass.: Belknap Press.
- Hänel, Hilke C. (2021): »#MeToo and testimonial injustice. An investigation of moral and conceptual knowledge«, in: *Philosophy & Social Criticism* 48 (6), S. 833–859.

- Harding, Sandra G. (1993): »Rethinking Standpoint Epistemology: What is ›Strong Objectivity?‹«, in: Linda Alcoff/Elizabeth Potter (Hg.): *Feminist Epistemologies*. New York u. a.: Routledge, S. 49–82.
- Harding, Sandra G. (Hg.) (2004): *The feminist standpoint theory reader. Intellectual and political controversies*. New York: Routledge.
- Hidalgo, Oliver (2020): »Digitalisierung, Internet und Demokratie – Theoretische und politische Verarbeitungen eines ambivalenten Feldes«, in: *Neue Politische Literatur* 65 (1), S. 77–106.
- Honig, Bonnie (2007): »Between Decision and Deliberation: Political Paradox in Democratic Theory«, in: *American Political Science Review* 101 (1), S. 1–17.
- Horkheimer, Max (1937): »Traditionelle und kritische Theorie«, in: *Zeitschrift für Sozialforschung* 6 (3), S. 245–294.
- Hutchby, Ian (2001): »Technologies, Texts and Affordances«, in: *Sociology* 35 (2), S. 441–56.
- Kaluža, Jernej (2021): »Habitual Generation of Filter Bubbles. Why is Algorithmic Personalisation Problematic for the Democratic Public Sphere?«, in: *Javnost* 29 (3), S. 1–17.
- Kanai, Akane/McGrane, Caitlin (2021): »Feminist filter bubbles. Ambivalence, vigilance and labour«, in: *Information, Communication & Society* 24 (15), S. 2307–2322.
- Katzenbach, Christian (2016): »Von kleinen Gesprächen zu großen Öffentlichkeiten? Zur Dynamik und Theorie von Öffentlichkeiten in sozialen Medien«, in: Elisabeth Klaus/Ricarda Drüeke (Hg.): *Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse: Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*. Bielefeld: transcript, S. 1–20.
- Kitchens, Brent/Johnson, Steve L./Gray, Peter (2020): »Understanding Echo Chambers and Filter Bubbles. The Impact of Social Media on Diversification and Partisan Shifts in News Consumption«, in: *MISQ* 44 (4), S. 1619–1649.
- Koster, Ann-Kathrin (2020): »Im Zeichen des Hashtags. Demokratische Praktiken unter algorithmisierten Bedingungen«, in: Jan-Philipp Kruse/Sabine Müller-Mall (Hg.): *Digitale Transformationen der Öffentlichkeit*. Weilerswist: Velbrück, S. 101–122.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel (1990): »Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierung des Gesellschaftlichen«, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Auto-*

- nome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 89–122.
- Linder, Chris/Myers, Jess S./Riggle, Colleen/Lacy, Marvette (2016): »From margins to mainstream. Social media as a tool for campus sexual violence activism«, in: *Journal of Diversity in Higher Education* 9 (3), S. 231–244.
- Marchart, Oliver (2011): *Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.
- Mason, Lilliana (2018): *Uncivil agreement. How politics became our identity*. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Megarry, Jessica (2020): *The Limitations of Social Media Feminism. No Space of Our Own*. Cham: Springer.
- Nguyen, C. Thi (2020): »Echo Chambers and Epistemic Bubbles«, in: *Episteme* 17 (2), S. 141–161.
- Pariser, Eli (2011): *The filter bubble. What the Internet is hiding from you*. New York: Penguin Press.
- Race, Kane (2015): »Speculative pragmatism and intimate arrangements: online hook-up devices in gay life«, in: *Culture, health & sexuality* 17 (4), S. 496–511.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ritzi, Claudia (2014): *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie, theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer.
- Ritzi, Claudia (2019): »Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung«, in: Jeanette Hofmann/Norbert Kersting/Claudia Ritzi/Wolf J. Schünemann (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 61–82.
- Schrape, Jan-Felix (2019): »Attention, please! Über Sichtbarkeit in der Plattformöffentlichkeit«, in: *Soziopolis*. Online verfügbar unter <https://www.sozio.polis.de/attention-please.html>, Zugriff am 11.10.2022.
- Schubert, Karsten (2018): *Freiheit als Kritik. Sozialphilosophie nach Foucault*. Bielefeld: transcript.
- Schubert, Karsten (2021): »Freedom as critique. Foucault beyond anarchism«, in: *Philosophy & Social Criticism* 47 (5), S. 634–660.
- Schubert, Karsten (2022): »New Era of Queer Politics? PrEP, Foucauldian Sexual Liberation, and the Overcoming of Homonormativity«, in: *Body Politics* 8 (12), S. 214–261.

- Schubert, Karsten/Schwartz, Helge (2021): »Konstruktivistische Identitätspolitik. Warum Demokratie partikulare Positionierung erfordert«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (4), S. 565–593.
- Seemann, Michael (2022): »Digitaler Tribalismus und Fake News. ctrl+verlust«. Online verfügbar unter <http://www.ctrl-verlust.net/digitaler-tribalismus-und-fake-news>, Zugriff am 11.10.2022.
- Settle, Jaime E. (2018): *Frenemies. How social media polarizes America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Shield, Andrew D. J. (2019): *Immigrants on Grindr. Race, Sexuality and Belonging Online*. London: Palgrave Macmillan.
- Stock, Kathleen (2021): *Material girls. Why reality matters for feminism*. London: Fleet.
- Sunstein, Cass R. (2018): *#Republic. Divided democracy in the age of social media*. Princeton, NJ u.a.: Princeton University Press.
- Thiel, Thorsten (2020): »Demokratie in der digitalen Konstellation«, in: Gisela Riescher/Beate Rosenzweig/Anna Meine (Hg.): *Einführung in die Politische Theorie. Grundlagen – Methoden – Debatten*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 331–349.
- Toole, Briana (2021): »Recent Work in Standpoint Epistemology«, in: *Analysis* 81 (2), S. 338–350.
- Trigiani, Amanda/Boler, Megan (2021): »Discourses of Victimhood and Identity Politics on Social Media. Understanding Affective Polarization During the US Election«, in: *AoIR Selected Papers of Internet Research 2021*. DOI: 10.5210/spir.v2021i0.12254, Zugriff am 11.10.2022.
- van Dyk, Silke (2019): »Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus«, in: *APuZ* 69, S. 25–32.
- Volk, Christian (2018): »On a radical democratic theory of political protest. Potentials and shortcomings«, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 12 (5), S. 1–23.
- Wood, Elizabeth Anne (2008): »Consciousness-raising 2.0. Sex Blogging and the Creation of a Feminist Sex Commons«, in: *Feminism & Psychology* 18 (4), S. 480–487.
- Zanghellini, Aleardo (2020): »Philosophical Problems With the Gender-Critical Feminist Argument Against Trans Inclusion«, in: *SAGE Open* 10 (2). S. 1–14.
- Zuiderveen Borgesius, Frederik J./Trilling, Damian/Möller, Judith/Bodó, Balázs/Vreese, Claes H. de/Helberger, Natali (2016): »Should we worry about filter bubbles?«, in: *Internet Policy Review* 5 (1). DOI: 10.14763/2016.1.401, Zugriff am 11.10.2022.

